

*SPD Kreisverband Erlangen-Stadt*

*Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 22.09.2011*

Adressaten:

SPD- Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Abgeordnete im Europaparlament

## **Die „Euro-Krise“ überwinden!**

Die Entwicklungen in Griechenland und in abgeschwächter Form auch in Portugal und Spanien haben deutlich gemacht, dass die Eurozone unter schweren Konstruktionsfehlern leidet. Das Problem ist dabei die fehlende wirtschaftspolitische Koordinierung innerhalb der Eurozone verbunden mit einer fehlenden Regulierung der Finanzmärkte, die die Angriffe auf einige Euro-Staaten erst möglich machten.

Die Leidtragenden der Entwicklungen sind dabei wieder einmal mehr nicht diejenigen, die für die Krise verantwortlich sind. Die Sparpakete, die in vielen Euro-Ländern verabschiedet wurden, treffen vor allem die abhängig Beschäftigten, die Arbeitslosen, Rentnerinnen und Rentner und andere, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Eine Erhöhung von Staatseinnahmen durch eine Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen spielt dagegen eine untergeordnete Rolle bei der Haushaltskonsolidierung.

Wesentliche Ursache für die aktuelle Krise sind aber die enormen Leistungsbilanz-Ungleichgewichte in der Eurozone. Hier trägt Deutschland eine besondere Verantwortung: Die starke Zunahme der deutschen Exportüberschüsse wurde über eine reale Abwertung gegenüber den anderen Euro-Staaten erzielt, die durch sinkende Reallöhne und Sozialtransfers herbeigeführt wurde.

Daher ist Deutschland auch bei der Krisen-Bewältigung in einer zentralen Position: Für einen funktionierenden europäischen Wirtschaftsraum müssen die Leistungsbilanz-Ungleichgewichte beseitigt werden. Es ist eine Politik für stärkere Binnennachfrage notwendig. Die zunehmende Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen muss umgekehrt werden. Dies ist nicht nur die Angelegenheit der Tarifparteien. Der Staat muss Umverteilung über das Steuer- und Abgabensystem sowie den Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen vorantreiben und zum anderen Impulse für Innovation, Wachstum und Beschäftigung setzen. Dies ist in der aktuellen Lage nur durch Schulden zu finanzieren.

Daneben ist aber auch ein Kurswechsel hin zu einer nachhaltigen und solidarischen europäischen Integration notwendig. Die bloße Orientierung an der Geldwertstabilität ohne Rücksicht auf Wachstums- und Beschäftigungseffekte hat insbesondere Länder mit Leistungsbilanzdefiziten immer weiter belastet. Europa braucht eine bessere wirtschafts-politische Koordinierung. Die einseitige Fixierung auf Sparprogramme und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit treibt Europa nur immer weiter in die Krise. Es wäre der falsche Weg, die EU nun zu einer Sanktionsebene umzubauen, um in allen Staaten einen Sparkurs durchzudrücken. Beinahe alle Versuche in der Vergangenheit, in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld eine nachhaltige Konsolidierung der Haushalte einzuleiten, sind gescheitert. Denn auf diese Weise wird die Wirtschaft mitten in der Krise in die Knie gezwungen und die Gefahr einer langanhaltenden Deflation heraufbeschworen. Diese würde sämtliche Konsolidierungsanstrengungen ad absurdum führen und massive ökonomische und soziale Verwerfungen nach sich ziehen.

Nur eine koordinierte europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie kann Europa zukunftsfähig aufstellen. Dazu braucht es auch eine gemeinsame Finanz- und Investitionspolitik.

Wir fordern daher:

- Eine Koordinierung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedstaaten mit dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes, eines gleichmäßigen Wirtschaftswachstums und einer (auch zwischen den Mitgliedsstaaten) ausgeglichenen Leistungsbilanz.
- Einen Europäischen Stabilisierungsfonds, der in Notsituationen und bei rasch steigenden Refinanzierungszinsen umgehend zur Unterstützung fähig ist.
- Die Einführung von Eurobonds (Europäischen Anleihen), deren Zinsen den (gewichteten) Durchschnittsbonitäten der Eurostaaten entsprechen.
- Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes; die bisherige Regelung mit dem willkürlich festgelegten 3%-Kriterium ist zu starr und bedarf einer ökonomisch sinnvollen Reform. Ein Weg hierzu könnte die vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) vorgeschlagene Orientierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts am Leistungsbilanz- statt am Haushaltssaldo sein
- Eine Zielsetzung der EZB, in der neben die Preisstabilität gleichberechtigt ein gleichmäßiges Wirtschaftswachstum und ein hoher Beschäftigungsstand treten.

Zu Verhinderung weiterer Spekulation gegen EU-Mitgliedsstaaten ist außerdem eine Regulierung der Finanzmärkte dringend erforderlich. Die Anforderungen hieran (Verbot bestimmter Produkte, Finanztransaktionssteuer etc.) haben wir in anderen Beschlüssen bereits ausformuliert.